

Parlamentarischer Vorstoss

2020/342

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Kein Abbau der Regionalredaktionen/des Service Public bei Radio SRF
Urheber/in:	Klaus Kirchmayr
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Ackermann, Bammatter, Bänziger Keel, Boerlin, Bräutigam, Candreia-Hemmi, Cucè, Dudler, Hotz, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Kirchmayr-Giosteli, Koller, Krebs, Locher, Maag-Streit, Meyer, Meschberger, Mikeler, Noack, Oberbeck, Roth, Ryf, Scherrer, Schürch, Steinemann, Stokar, Strüby-Schaub, Von Sury d'Aspremont, Waldner, Winter, Wolf, Würth, Wyss
Eingereicht am:	25. Juni 2020
Dringlichkeit:	—

Das Schweizer Radio SRF streicht, wie anfangs Juni 2020 offiziell angekündigt wurde, die regionalen Internet-Auftritte von Radio SRF und zentralisiert die entsprechenden redaktionellen Kapazitäten in Zürich.

Dies kommt einem Abbau des Service Public von Radio SRF gleich, soll doch der Schwerpunkt der regionalen Berichterstattung auf Themen von überregionalem Interesse konzentriert werden. Kurzfristig bedeutet dies, dass die regionale Internet-Berichterstattung aus dem Kantonsparlament und aus den Gemeinden nicht mehr, oder allerhöchstens stark reduziert stattfindet. Zudem können einzelne Beiträge auch nicht mehr direkt weiterverbreitet werden, was die Reichweite entsprechend reduziert. Mittel- und längerfristig ist mit dieser Massnahme wohl auch ein Abbau der regionalen Redaktionskapazitäten vorgespurt.

Zu befürchten ist auch, dass die auf das Überregionale konzentrierte Berichterstattung das Verständnis innerhalb der Region zwischen Gemeinden bzw. zwischen den beiden Halbkantonen beeinträchtigt – weil die entsprechenden Berichte aus den Gemeinden bzw. Quartieren tiefer priorisiert werden.

Eine Intervention der Kantonsregierungen bei der Chefredaktion bzw. der Radio- und Fernsehredaktion ist notwendig.

In diesem Sinne wird beantragt:

Die Kantonsregierung wird bei der Chefredaktion und der Radio- und Fernsehdirektion vorstellig und interveniert zu Gunsten des Erhalts der regionalen Internet-Berichterstattung. Sie erstatten dem Landrat Bericht.

Ein gleichlautender Vorstoss wird im Grossen Rat Basel-Stadt eingereicht.